

Kommunalpolitiker schreiben Brandbrief

Peter von der Grün und die Rathauschefs im Kreis Neuburg-Schrobenhausen wenden sich mit einem Schreiben zur Flüchtlingssituation an den Bundeskanzler. Die Worte der Kreispolitiker sind deutlich.

Von Katrin Kretzmann

Neuburg Es geht nicht mehr: Das ist der Tenor eines Brandbriefs, den Landrat Peter von der Grün und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Kommunen im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen an Bundeskanzler Olaf Scholz schicken. Hintergrund ist die Flüchtlingssituation. „Der Bund darf keine Flüchtlingspolitik betreiben, die mehr fordert, als Kommunen und Landkreise leisten können.“ In der jüngsten Kreistagssitzung setzten die Kreis- und die Rathauschefs ihre Unterschriften.

Bereits im November hätten Bayerns Landrätinnen und Landräte in der sogenannten Brüsseler Erklärung auf die großen Herausforderungen, vor denen die Landkreise bei der Unterbringung von Geflüchteten stünden, aufmerksam gemacht.

Weiter heißt es in dem Brief, der auch an Bundesinnenministerin Nancy Faeser adressiert ist, dass Aufnahme, Erstversorgung,

Unterbringung und Integration der geflüchteten Menschen zwar humanitäres Gebot, aber auch Herausforderung sei. „In den vergangenen Jahren wurde dies aufgrund der großen Zahl an ankommenden Menschen zur besonderen Belastungsprobe auch für die Bürgerinnen und Bürger.“ Durch den engen Schulterschluss von Bund, Freistaat sowie Landkreisen, Städten und Gemeinden sei diese große Aufgabe bis dato auch in Neuburg-Schrobenhausen gemeistert werden. „Doch unsere Ressourcen sind mittlerweile erschöpft“, mahnen die Kommunalpolitiker.

Eine Anmietung dezentraler Unterkünfte und vor allem von Objekten für Erstaufnahmestellen sei angesichts der angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt in der Region kaum mehr möglich. „Als Landrat, als Oberbürgermeister sowie als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen schlagen wir Alarm, weil die kommunalen Kapazitäten zur Versorgung und Unterbringung



In der jüngsten Kreistagssitzung unterzeichneten neben Landrat Peter von der Grün auch alle Bürgermeister im Kreis, wie hier Burgheims Rathauschef Michael Böhm, den Brandbrief. Foto: Tabea Huser

von Geflüchteten nach dem Zustrom 2015 sowie den Kriegsfolgen in der Ukraine ausgereizt sind.“ Insgesamt 1463 einquartierte Menschen (Stand Februar)

sind im Landkreis untergebracht, darunter seien gut 500 privat untergebrachte Ukraine-Flüchtlinge – und damit sei der Höchststand aus der Zeit vor sieben Jahren

überschritten. Die Politiker im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen „sehen mit großer Sorge, dass die internationalen Konflikte sich weiter zuspitzen und damit die Zahl von geflüchteten Menschen aus der Ukraine, Afghanistan, Syrien, der Türkei und anderen Ländern weiter ansteigen wird“.

Um diesen Menschen, die auf der Flucht seien, die notwendige Versorgung zuteilwerden zu lassen und gleichzeitig die kommunalen Strukturen nicht zu überfordern, fordern die Kreispolitiker den Schulterschluss von Bund und Ländern. „Wir benötigen dringend finanzielle und personelle Unterstützung und fordern insbesondere die Bereitstellung der Liegenschaften des Bundes.“ Man stehe für einen engen Austausch zu der Thematik zur Verfügung, heißt es am Ende des Briefes und: „Zudem sind wir überzeugt davon, dass der Staat, also wir alle, die Herausforderung der Migrationen nur durch eine Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung meistern werden.“